

17

75

Union in Deutschland

Bonn, den 24. April 1975

Es gibt keine Trendwende

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und im Saarland geht in die letzte Runde. In Stadt und Land kämpft die Union entschlossen um das Vertrauen der Bürger. Nach einer Präsidiumssitzung in Saarbrücken gab Helmut Kohl folgende Erklärung ab:

Nach den Wahlen in Schleswig-Holstein glaubte mancher, aus dem Ergebnis eine Trendwende zugunsten der Koalition herauslesen zu können. Die Wähler bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg haben am vergangenen Sonntag in außergewöhnlich eindrucksvoller Weise diese Vermutung widerlegt. Unsere Freunde in Baden-Württemberg haben den bisher größten Wahlsieg in der kommunalpolitischen Geschichte des Landes errungen. In allen Städten, vor allem aber in Großstädten wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg wurde deutlich, daß die CDU weiterhin auf der Straße des Sieges geht und die SPD stark verliert.

Ich bin davon überzeugt, daß dieses hervorragende Ergebnis gerade in den Ballungsräumen eine ausgezeichnete Grundlage für die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland bietet. Die CDU ruft alle ihre Freunde auf, in den nächsten 14 Tagen um jede Stimme zu kämpfen, damit wir am 4. Mai einen eindrucksvollen Sieg davontragen.

■ WAHLEN

Die baden-württembergischen Kommunalwahlen, bei denen insgesamt 1 050 Gemeinden rund 17 000 Gemeinderäte gewählt wurden, brachten der CDU einen eindrucksvollen Sieg.
Seite 5/6

■ BILDUNG

Das absolut vorrangige Ziel der beruflichen Bildung ist nach einer Entschließung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Sicherung eines quantitativ ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen.
Seite 7/8

■ BERLIN

Wer die Regierungsbildung in Berlin beobachtet hat, den muß nach Ansicht der Berliner Bundestagsabgeordneten Lieselotte Berger Zorn und Verbitterung packen.
Seite 9

■ ENTLASSUNGEN

In der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 17. April haben die Sprecher der Unions-Fraktion zu den Problemen des VW-Konzerns Stellung genommen.
Seite 11/12

■ NIEDERSACHSEN

Bildung, Gesundheit und die Rolle des Berufsbeamtentums waren die Schwerpunktthemen des Landesparteitages der niedersächsischen CDU.
Seite 13/14

■ INFORMATIONEN

CDA-Vorstand für Helmut Kohl als Kanzlerkandidat

Für die Nominierung des Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, zum Kanzlerkandidaten der Union hat sich der Bundesvorstand der Sozialausschüsse (CDA) in geheimer Abstimmung in Saarbrücken einstimmig entschieden. Auf der gleichen Sitzung wurde das bisherige Vorstandsmitglied der CDA, Albrecht Hasinger (39), in das Amt des Hauptgeschäftsführers berufen. Hasinger tritt damit zum 1. Mai die Nachfolge von CDU-MdB Norbert Blüm an, der nach seiner Wahl zum CDA-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz aus diesem Amt auf eigenen Wunsch ausschied.

Der 17. Juni

Zu Meldungen über Pläne der Bundesregierung zur Minderung des 17. Juni erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Professor Dr. M. Abelein, dieser Tag sei mit Gesetz vom 3. Juli 1953, dem alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Ausnahme der Abgeordneten der KPD zugestimmt hätten, zum „Tag der Deutschen Einheit“ erhoben worden. Er sei Aufruf für uns, gemäß der Verpflichtung des Grundgesetzes für die Menschenrechte und die Selbstbestimmung aller Deutschen beharrlich einzutreten.

Bis 1977 Erhöhung der Mehrwertsteuer um 4 %

Mit einer vierprozentigen Erhöhung der Mehrwertsteuer bis spätestens Frühjahr 1977 rechnet der Vorsitzende des

Bundes deutscher Steuerbeamten, Hermann Fredersdorf. Die punktuelle Verschuldung und die Verpflichtungen des Staates seien — so Fredersdorf — zu hoch, als daß man Steuererhöhungen noch länger hinauszögern könne.

Arbeitsplatzgefährdung für Wehrdienstpflichtige

Vielfach können Wehrpflichtige nach ihrer Rückkehr vom fünfzehnmonatigen Wehrdienst ihren inzwischen mit einem anderen Kollegen besetzten Arbeitsplatz nicht mehr einnehmen und erhalten nach vier oder sechs Wochen eine Kündigung, die mit „Arbeitsmangel“ begründet wird. CDU-MdB Hermann Stahlberg erinnerte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände an die Notwendigkeit der Ausdehnung des Kündigungsschutzes für Wehrdienstleistende.

Union Christlich-Demokratischer Frauen

Auf zwei Sitzungen am 15. und 16. Dezember 1974 und am 14. April 1975 in der Politischen Akademie Eichholz haben die Vertreterinnen von zehn christlich-demokratischen Parteien und Organisationen die Gründung einer Union Christlich-Demokratischer Frauen beschlossen. Dabei wurden Statuten und Geschäftsordnung der Union verabschiedet. Die Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) hat die Aufnahme in die Union europäischer Christdemokraten beantragt. Sie will damit an der Vorbereitung zukünftiger europäischer Wahlen und der Gestaltung eines gemeinsamen Aktionsprogramms aktiv mitarbeiten. Aus der Bundesrepublik sind die Frauenvereinigungen der Christlich-Demokratischen Union und

die Frauen-Union der Christlich-Sozialen Union Mitglieder dieser Organisation.

Katholiken-Verbände auch zur SPD auf Distanz

„Sollte nach den Jusos auch die SPD insgesamt noch weiter nach links abrutschen, besteht die Gefahr, daß engagierte katholische Verbände ihr Verhältnis zur SPD überprüfen müßten.“ Diese Auffassung vertrat der Bezirksvorsitzende der ostthessischen CDU, Landrat Kramer, in Fulda. Nach seiner Ansicht lassen die Jusos bei ethischen kirchlichen Fragen kaum noch einen Programmpunkt erkennen, der sich mit der katholischen Lehre vereinbaren läßt. Kramer betonte, die Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Katholiken im Kampf gegen das Hitlerregime sei in den letzten Jahren durch einen klaren Gegenkurs der SPD zur Kirche abgelöst worden.

Maßlose Urteile

Durch Verhaftungen und Verurteilungen von Westberlinern und Bundesbürgern setzt die DDR nach Auffassung der Union „ihre Politik der Einschüchterung und Isolierung“ fort. Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, sich mit allem Nachdruck um die Aufklärung der gegen zwei Westberliner und einen Bundesbürger verhängten „in ihrer Maßlosigkeit wohl einmaligen Strafen zu bemühen“. Dies gilt in gleichem Umfang für die Verhaftung des Berliner JU-Führungsmitglieds Volker Franke und seiner Frau. Ein Gericht der DDR hatte einen Westberliner und einen Bundesbürger wegen angeblicher Spionage zu lebenslanger und einen weiteren Westberliner zu acht Jahren Haft verurteilt.

STICHWORTE

Für „schnellstmögliche

Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses“ gegen Radikale im öffentlichen Dienst hat sich der Unterbezirksparteitag der SPD in Hannover ausgesprochen.

Ein Europa-Denkmal

zum 100jährigen Geburtstag Konrad Adenauers mit der Würdigung seiner Verdienste um die europäische Einigung soll in Bonn errichtet werden. Vorschlag der CDU-Stadtrats-Fraktion.

Der Verband

Deutscher Bürgervereine, dem zahlreiche Bürgervereine aus der gesamten Bundesrepublik angehören, hat den CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Braun zu seinem Präsidenten gewählt.

Das meiste Erdöl,

nämlich mehr als sechs Millionen Tonnen im Jahr, fördert in Europa die Bundesrepublik. Ohne diese Energiegewinnung hätten 1974 für Ölimporte zusätzlich rund sechs Milliarden Mark aufgewendet werden müssen.

Als „Anfang vom Ende

der sozialen Marktwirtschaft“ hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft eine vom DGB befürwortete Investitionslenkung abgelehnt.

Erstmals seit 1967

sind 1974 aus dem Bereich der Bundesrepublik mehr Ausländer fort- als zugezogen.

Benachteiligt

bei der Kindergeldauszahlung sind nach Ansicht der „Arbeitsgemeinschaft für Sozialhilfe“ Sozialhilfeempfänger mit Kindern, weil ihnen das Kindergeld als Einkommen angerechnet und von der Sozialhilfe abgezogen wird.

■ ANTWORT AN SPD

Vorschlag für „Partnerrente“ liegt auf dem Tisch

Willy Brandt hat in Dortmund ein gemeinsames Vorgehen bei Frauenfragen vorgeschlagen. Damit hat die SPD endlich auf die von der Union wiederholt gemachten Angebote, in wesentlichen Fragen zur Verbesserung der Situation der Frau in unserer Gesellschaft zusammenzuarbeiten, reagiert. Nach Auffassung der CDU, erklärt die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, die zu einer solchen Zusammenarbeit immer bereit war und ist, sollte es aber nicht bei „verbalen Äußerungen“ bleiben.

Notwendig ist eine von Vorurteilen freie Diskussion, um die besten Ergebnisse zum Nutzen aller Frauen in der gesetzgeberischen Arbeit zu erreichen. Zu dieser Zusammenarbeit gehört freilich auch, daß die SPD sich in ihrer Politik in erster Linie an den Fakten und nicht an Ideologien orientiert.

Gerade ideologische Modelle haben eine Zusammenarbeit in der Vergangenheit erschwert. Die Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“, die auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingesetzt worden ist, bietet eine Plattform für diese Zusammenarbeit.

Willy Brandt hat in Dortmund auch die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau erwähnt. Bereits nach dem Urteil des Bundesver-

fassungsgerichts zur Witwerrente hat die CDU/CSU darauf hingewiesen, daß dieses Problem nur im Zusammenwirken der großen Parteien gelöst werden kann.

Der Vorschlag der CDU zur Einführung einer „Partnerrente“ liegt auf dem Tisch. Nachdem sich die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem neuesten Vorschlag des Abgeordneten Glombig die Konzeption der CDU/CSU weitgehend zu eigen gemacht hat, sollte im Interesse der Frauen das gemeinsame Gespräch über eine eigenständige soziale Sicherung der Frau beginnen.

Inwieweit die SPD jedoch zu einer vernünftigen Diskussion bereit ist, muß abgewartet werden. Die Ausführungen Brandts zum Paragraphen 218 machen deutlich, daß das Angebot der Zusammenarbeit nicht zuletzt ein wahltaktisches Manöver bedeutet. Wenn Brandt sagt: „Wir werden uns und anderen klarmachen, auch eine Mehrheit der Richter in Karlsruhe verkündet keine ewigen Wahrheiten“, dann kommt in diesen Worten eine Mißachtung des höchsten deutschen Gerichts zum Ausdruck.

Die Frauen in der Bundesrepublik wollen keine verfassungswidrigen Gesetze, sondern sie wollen Gesetze, die ihnen helfen.

Wenig kooperationsbereit zeigt sich die SPD bisher auch bei der Behandlung der Änderung des Eherechts. Anstatt gemeinsam nach den besten Lösungen zu suchen, hat sie hier bislang ein Verfahren praktiziert, um die Union im Gesetzgebungsverfahren auszumanövrieren, wie bei der Trennung des Namensrechts von den übrigen Gesetzen zum Ehe- und Familienrecht geschehen.

Die SPD ist aufgefordert, den Worten des Vorsitzenden auch die notwendigen Taten folgen zu lassen.

■ BADEN-WÜRTTEMBERG

Schwere Schlappe der SPD bei den Kommunalwahlen

Die baden-württembergischen Kommunalwahlen, bei denen am vergangenen Sonntag in insgesamt 1 050 Gemeinden (etwa 5,7 Millionen Wahlberechtigte) rund 17 000 Gemeinderäte gewählt wurden, brachten der CDU einen eindrucksvollen Sieg. Der erwartete „Denkzettel“ für die in vielen Orten ungeliebte Gemeindereform — von der Landtagsopposition herbeigeredet — blieb aus. Selbst in so heiß umstrittenen Städten wie Ravensburg und Weingarten sind die CDU-Gewinne überraschend hoch. In ehemaligen SPD-Hochburgen wie Reutlingen und Göppingen erreichte die CDU zum erstenmal nach dem Krieg die Mehrheit im Gemeinderat. Die Wahlbeteiligung lag diesmal zwischen 60 und 65 Prozent.

Nach einer Berechnung der Deutschen Presse-Agentur erhöhte die CDU in den Städten Stuttgart, Heilbronn, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg und Ulm ihren Stimmzettelanteil gegenüber der letzten Wahl 1971 um durchschnittlich 5,3 auf 43,5 Prozent. Die FDP, die selbst von einem strahlenden Sieg ihrer Partei schwärmt, konnte sich vielfach verbessern, mußte aber auch mehr oder minder deutliche Einbußen hinnehmen. So in Ludwigsburg, Baden-Baden, Ulm, der großen Kreisstadt Lahr und Heilbronn. Der Landesvorsitzende der CDU Baden-

Württemberg, Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, hat in einer Stellungnahme darauf verwiesen, daß die CDU der eindeutige Wahlgewinner und die SPD der Verlierer ist. Filbinger wörtlich:

„Diese Kommunalwahlen haben der CDU überall im Lande Mehrheiten gebracht, wie sie die Union bei Gemeinderatswahlen vorher noch nie erreicht hat.“

Die CDU hat sich sachlich präsentiert

Oberbürgermeister Manfred Rommel (Stuttgart) erklärte:

„Es hat sich ausgezahlt, daß die CDU sich sachlich präsentiert hat. Es bestätigt meine These, daß die CDU in der Politik ihre große Chance auch durch Selbstdarstellung hat und Polemik gar nicht notwendig ist.“

Siegfried Bassler (SPD-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Gemeinderat) zum Stuttgarter Wahlergebnis:

„Ich bin enttäuscht, das ist klar. Es scheint so, daß die CDU stärkste Gemeindefraktion wird, und das ist ein bißchen belämmernd für uns.“

SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner räumte am Montag im Hessischen Rundfunk ein, daß die Kommunalwahl für die Sozialdemokraten „schwierige Probleme“ und „herbe Verluste“ gebracht habe. Der Vorsitzende der SPD-

Landtagsfraktion, Dr. Rudolf Schieler, meinte, die SPD müsse die Gründe für ihre außerordentlichen Verluste in den Städten prüfen.

Hier einige wichtige Einzelergebnisse aus Baden-Württemberg: (Ergebnisse 1971 jeweils in Klammern):

Stadtkreis Stuttgart

CDU 42,4 (33,3) Prozent
 SPD 37,7 (44,3) Prozent
 FDP 10,1 (8,1) Prozent

Stadtkreis Karlsruhe

CDU 48,9 (45,9) Prozent
 SPD 36,7 (41,7) Prozent
 FDP 10,7 (6,1) Prozent

Stadtkreis Baden-Baden

CDU 50,0 (39,4) Prozent
 SPD 26,4 (34,1) Prozent
 FDP 6,5 (13,0) Prozent

Stadtkreis Ulm

CDU 35,9 (30,7) Prozent
 SPD 29,5 (33,7) Prozent
 FDP 4,5 (5,9) Prozent

Große Kreisstadt Göppingen

CDU 44,2 (30,2) Prozent
 SPD 35,4 (36,2) Prozent
 FDP 20,4 (15,7) Prozent

Stadtkreis Heilbronn

CDU 39,2 (29,2) Prozent
 SPD 41,0 (43,5) Prozent
 FDP 11,8 (17,8) Prozent

Stadtkreis Freiburg

CDU 44,5 (38,3) Prozent
 SDP 34,0 (41,3) Prozent
 FDP 8,6 (7,8) Prozent

Wähler-Trend zur Union hält unvermindert an

SPD/FDP sprechen — aus durchsichtigen Gründen — nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vielfach von einer „Trendwende“ zugunsten der Koalitionsparteien. Hiervon kann überhaupt keine Rede sein, wie nachfolgende Zahlen beweisen:

Die Trendentwicklung weist nach wie vor einen deutlichen Stimmenverlust des SPD/FDP-Blocks seit der Bundestagswahl 1972 auf:

In Hamburg: — 9,8 %
 In Niedersachsen: — 6,5 %
 In Hessen: — 8,1 %
 In Bayern: — 8,5 %

In Rheinland-Pfalz: — 8,9 %
 In Schleswig-Holstein: —10,0 %

(In Berlin verloren die SPD/FDP seit der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 9 %)

Einen Stimmenzuwachs verzeichneten dagegen seit der Bundestagswahl CDU/CSU:

+7,3 % in Hamburg
 +6,1 % in Niedersachsen
 +7,0 % in Hessen
 +7,0 % in Bayern
 +8,7 % in Rheinland-Pfalz
 +8,4 % in Schleswig-Holstein

(In Berlin gewann die CDU seit der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 5,7 %)

■ BERUFLICHE BILDUNG

Ausbildungsbereitschaft der Betriebe muß gestärkt werden

Das absolut vorrangige Ziel in der beruflichen Bildung ist gegenwärtig die Sicherung eines quantitativ ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen auf hohem Niveau. Mit dieser Feststellung beginnt eine Entschließung, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig zur Verabschiedung eines neuen Berufsbildungsgesetzes durch das Bundeskabinett beschlossen hat.

Diese Zielsetzung, heißt es weiter, kann nur verwirklicht werden, wenn in den nächsten Jahren alles geschieht, um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken, und wenn alles unterbleibt, was zwangsläufig zu einer Reduzierung der Ausbildungsbereitschaft und damit der Ausbildungsplätze in den Betrieben führt. Das Ja zum dualen System von Betrieb und Schule setzt die vorbehaltlose Bejahung und aktive Förderung der betrieblichen Ausbildung in der Zukunft voraus. Ausschließlich diese Zielsetzung liegt im Interesse der jungen Generation und ihrer Zukunftschancen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes ist nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen:

Der Gesetzentwurf schafft nicht die Klarheit, die notwendig ist, wenn die

Ausbildung in Betrieben, insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft, eine echte Chance haben soll. In rund 50 Fällen soll der Bundesregierung die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen, deren Grundlagen und Zielrichtungen nicht präzisiert sind, eingeräumt werden.

Der Gesetzentwurf läuft weiter darauf hinaus, die Berufsausbildung in mehrere Abschnitte bei unterschiedlichen Ausbildungsträgern unter Abschluß jeweils neuer Ausbildungsverhältnisse zu zerstückeln. Die Auszubildenden wüßten bei Zustandekommen dieses Gesetzes nicht, was in den kommenden Jahren an zusätzlichen Anforderungen und Belastungen auf sie zukommen würde.

Der Gesetzentwurf verfolgt die weitere Zielvorstellung, daß überbetriebliche Ausbildungsstätten über ihre Funktion als ergänzende Einrichtung hinaus zu einem dritten selbständigen Lernort werden und schrittweise an die Stelle der Ausbildung im Betrieb, vor allem in der mittelständischen Wirtschaft, treten. Dies wäre ein gesetzlich sanktioniertes Einfallstor zur Abschaffung des dualen Systems.

Die entscheidende Aufgabe einer besseren Abstimmung von Betrieb und Schule löst der Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht. Das vorgeschlagene Bundesinstitut für Berufsbildung ist dafür untauglich; die den Ländern im Gesetzentwurf eingeräumte Position ist

nicht verfassungskonform. Der Gesetzentwurf kann in der vorliegenden Form nur als beabsichtigte Konfrontation mit den Ländern verstanden werden.

Der Gesetzentwurf gefährdet die Einheitlichkeit der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, da er in den Ländern unterschiedliche Organisationsformen herbeiführen wird.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt den Sachverstand der beteiligten Gruppen nicht in genügendem Maße. Für die Lehrer an berufsbildenden Schulen sind ebenso wenig wie für die Ausbilder ausreichende Mitwirkungsrechte gesichert.

Das vorgeschlagene Finanzierungssystem bringt zusätzlichen Aufwand, aber keine Effizienz. Es ist nicht geeignet, zur Sicherung vorhandener oder gar zur Schaffung neuer Ausbildungskapazitäten beizutragen. Ein Finanzierungssystem wäre aber nur sinnvoll, wenn gesichert ist, daß es zu einer quantitativen und qualitativen Verbesserung des Ausbildungssystems führt.

Gesetzentwurf wird von den Beteiligten abgelehnt

Der trotz jahrelanger Vorarbeiten ganz minderwertige Gesetzentwurf wird von allen an der beruflichen Bildung Beteiligten einhellig abgelehnt. Ohne fundamentale Veränderungen ist der Gesetzentwurf für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unannehmbar. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im parlamentarischen Beratungsverfahren mit konkreten Vorschlägen folgende Zielsetzungen verfolgen:

- Die Ausbildung in Betrieb und Schule muß besser aufeinander abgestimmt werden mit dem Ziel, daß berufliche Bildung als einheitliches Konzept für Betrieb und Schule von allen Beteilig-

ten und Betroffenen akzeptiert und ausgeführt wird.

- Der Lernort Betrieb muß gestärkt und das verantwortungsvolle Engagement der ausbildenden Betriebe und der in ihnen tätigen Ausbilder muß gefördert werden.

- Das Zusammenwirken von Bund und Ländern muß durch eine gleichgewichtige und gleichberechtigte institutionalisierte Zusammenarbeit verbessert werden.

- Das Verhältnis von Staat und allen an der Berufsbildung Beteiligten darf nicht durch Gegnerschaft und Mißtrauen, sondern muß durch Partnerschaft und Kooperation gekennzeichnet sein.

SPD/FDP lehnt Sonderausschuß ab

Die SPD/FDP hat im Deutschen Bundestag den von der CDU/CSU-Fraktion geforderten Sonderausschuß „Jugend- arbeitslosigkeit“ mit der Begründung abgelehnt, die Oppositionsforderungen seien durch konjunkturbelebende Maßnahmen der Bundesregierung überholt.

Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Entgegen der Behauptung der Bundesregierung hat sich die Jugend- arbeitslosigkeit durch die vollzogenen Maßnahmen nicht entscheidend verändert. Nach wie vor sind nach Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Katzer, mehr als 100 000 Jugendliche ohne einen Arbeitsplatz.

Katzer hat gefordert, durch staatliche Prämien zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und Förderkurse für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß einzurichten, um ihnen die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung zu sichern.

■ KOALITION

Frech-Dreiste Pfründenjäger in Berlin

Wer die Regierungsbildung in Berlin beobachtet hat und zusehen mußte, wie die beiden Verlierer vom 2. März sich zu einer Mehrheit zusammengequält haben, den packen Zorn und Verbitterung, stellt die Berliner Bundestagsabgeordnete Lieselotte Berger fest. Gleichzeitig wird sein Demokratieverständnis auf eine erschreckende Weise strapaziert. Denn hier wird der Wählerwille verfälscht, weil die Unterlegenen mit aller Gewalt die Sieger sein wollen.

Es wird ein Regierungsprogramm verabredet, das einen Linksdrall hat, obwohl der Bürger den linken Spinnereien eine deutliche Abfuhr erteilte; hier werden Senatoren und Senatsdirektoren benannt, die nicht die Qualifikation dazu haben. Der Wähler muß sich verhöhnt vorkommen, wenn er hört, welche unbedeutenden Leute in welche bedeutenden Ämter geschoben werden, sogar in solche Ämter, die es noch gar nicht gibt und für die überhaupt keine Notwendigkeit besteht.

Dazu meint die Süddeutsche Zeitung am 17. April 1973: „*Welche Ressortchefs die FDP durchgesetzt hat, verwundert denn doch. Ein Scheidungsrichter — nichts gegen Scheidungsrichter! — wird Wirtschaftssenator, ein Jurist, der nicht viel mehr als ein glückloses Gastspiel in der Verkehrsverwaltung vorzuweisen*

hat, soll das gerade in Berlin so diffizile Schulressort übernehmen... Bei dem Griff nach Ämtern und Posten waren die Freien Demokraten nicht gerade bescheiden. Zahlreiche Wahlgrundsätze, auch das Ziel, den Senat nicht zu erweitern, wurden aufgegeben und bewährte Politiker auf Posten geschoben, die ihrer nicht würdig sind.“

„Was sich in diesen Wochen“, so die Kölnische Rundschau am gleichen Tag, „nach einer wegen des Falles Peter Lorenz in der ganzen Welt beachteten Wahl getan hat, ist wenig geeignet, das Vertrauen in die Demokratie zu festigen. Mit einer Schamlosigkeit ohne Beispiel wurden die Posten und Pöstchen verschachert... Bedrückend ist, daß bei dieser Senatsbildung Befähigungsnachweise eine völlig untergeordnete Rolle spielten.“

Beispiele der Parteibuchwirtschaft zählt Frau Berger auf: Da wird ein junges FDP-Bürschlein als Senatsdirektor für Justiz genannt, das bisher an Berufserfahrung nicht sehr viel mehr auszuweisen hat als die Geschäftsführertätigkeit in der FDP-Fraktion. Es genügt nicht, von Stahl zu heißen. Man müßte es auch sein; denn der Senatsdirektor für Justiz muß eine Persönlichkeit sein, die Können und Erfahrung mitbringt. Die Ansiedlung eines politischen Beginners in der Besoldungsgruppe B 7, das sind runde 7 000 DM, ist eine Ohrfeige für alle diejenigen Männer und Frauen in der Justizverwaltung, die sich seit Jahren und Jahrzehnten hervorragend bewährt haben und die selbst als Präsidenten der Gerichte erheblich tiefer eingestuft sind.

Da wird ferner für einen gewissen Herrn Jaene, der beim ZDF sein Auskommen haben soll, im Senatspresseamt die Stelle eines gleichberechtigten Senatsprechers geschaffen, obwohl jeder-

mann weiß, daß diese Stelle völlig überflüssig ist. Auch Herr Jaene wird den Steuerzahlern rund 7 000 DM monatlich kosten.

Die FDP würde der Demokratie einen guten Dienst erweisen, wenn sie sich so gäbe, wie sie ist: klein und bescheiden. Wenn sie weiter so auftritt wie bisher in den Koalitionsverhandlungen, zwingt sie den Bürger, FDP als Abkürzung für „Frech-Dreiste-Pfründenjäger“ zu verstehen.“

Jusos im Untergrund

In Düsseldorf fand ein geheimes Treffen des sogenannten „Münsteraner Kreises“ statt, in dem linksradikale Jusos vereinigt sind. Mitglieder der „Stamokap“-Gruppe entwickelten ein Programm, nach dem sie in den nächsten Jahren weiter zu erstarken hoffen. In einer vertraulichen Beurteilung des „Münsteraner Kreises“ durch die Führung der SPD Nordrhein-Westfalen heißt es, daß der Kreis ganz offensichtlich über alle Informationen aus dem Bereich der Partei und des DGB verfügen könne.

„Großes Geld“ für SPD

Nach einer Meldung des regierungsnahen „Stern“ wollen 25 „Wirtschafts-bosse“ im Bundestagswahlkampf für die SPD streiten. Unter diesen Vertretern des „großen Geldes“ (SPD-Jargon) sollen Dr. Kandlbinder vom Philips-Vorstand und der Bankier Axel von Blomberg sein.

Judos auf SED-Kurs

Gemeinsam haben die Jungdemokraten, die der FDP nahestehen, und die kommunistische FDJ die „amerikanische Position“ in Vietnam verurteilt. Das teilte der stellvertretende Jungde-

mokraten-Vorsitzende, Kuldshun, jetzt mit. Kuldshun war mit einer Judo-Delegation Gast der FDJ in der DDR. Weiter sagte er, man sei auch „weitgehend“ in der Einschätzung anderer internationaler Probleme mit der FDJ einig gewesen.

Austritt aus der SPD wegen Ämterverfälschung

Aus Protest gegen „Verfälschungserscheinungen in der Bremer SPD“ hat das Vorstandsmitglied des Unterbezirks Bremen, Michael Bischoff (31), die Partei verlassen. Bischoff, der zusammen mit seiner Frau und zwei weiteren Mitgliedern des Ortsverbands Osterholz-Mitte aus der SPD austrat, begründete diesen Schritt so: Er wehre sich gegen die Verfälschung der Partei mit dem öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften. Kritik an den Gewerkschaften und gewerkschaftseigenen Unternehmen, beispielsweise an der „Neuen Heimat“, sei in der Bremer SPD nicht opportun und werde „von vornherein abgewürgt“.

Pfiffe und Buh-Rufe

Mit nichtssagenden Politsprüchen wollten sich die ungefähr 3 000 Teilnehmer an einer Solidaritätskundgebung auf dem Rathausplatz in Salzgitter nicht zufrieden geben. Nachdrücklich forderten sie die Erhaltung der Arbeitsplätze im VW-Werk ihrer Stadt. Als der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD für den Bezirk Braunschweig, der Landtagsabgeordnete Michael Weber aus Salzgitter, als einziger Redner versuchte, aus der Kundgebung politisches Kapital zu schlagen, und er den Arbeitern zurief: Die Sozialdemokraten werden euch nicht im Stich lassen“, wurde ihm mit Pfiffen und Buh-Rufen geantwortet.

VW-MASSENENTLASSUNGEN

Mußte es soweit kommen?

In der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 17. April erklärten die Sprecher der Unionsfraktion zu den die gesamte deutsche Öffentlichkeit bewegenden Problemen des Volkswagenwerkes u. a. folgendes:

„Ich möchte meinen Respekt zum Ausdruck bringen vor der beispielhaften Disziplin, mit der die Arbeitnehmer des Volkswagenkonzerns und ihre Familien ihr Schicksal schon vollzogener oder zu erwartender Arbeitslosigkeit ertragen. Die Massenentlassungen bei VW haben die Öffentlichkeit bei uns im Lande aufgewühlt. Verständlicherweise! Nur darf uns das nicht verleiten, das Schicksal der 1 Million Arbeitslosen und 800 000 Kurzarbeitern leichter zu werten, die aus einer Vielzahl kleinerer oder mittlerer Betriebe stammen.

Arbeitslosigkeit ist eine Geißel, die es in unserem freiheitlichen Staat nicht geben sollte. Anders als es Kanzler Schmidt noch im Mai vergangenen Jahres verkündete, war die Bundesregierung leider kein Garant dafür, daß es keine Massenarbeitslosigkeit geben würde.“ (Dr. Ernst Müller-Hermann)

„Die Entlassungen beim VW-Werk sind für die Betroffenen ein schwerer Schlag, und daß die Aktien der Volkswagenwerke an den Börsen gleichzeitig steigen, ist überhaupt kein Trost für diejenigen, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Es ist ein schwerer Schlag, über den sich bestimmt niemand freuen kann.“ (Prof. Karl Carstens)

„Das VW-Werk ist weitgehend das Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Allen Ablenkungsmanövern der Bundesregierung möchte ich entgegenhalten, daß im Aufsichtsrat die Kräfte, die der SPD angehören, über eine beherrschende, ja eine Zweidrittel-Mehrheit verfügen. Mir ist kein Fall bekannt, daß eine Entscheidung des Vorstandes von den Mitgliedern, die die Bundesregierung und das Land Niedersachsen stellen, und die allein 40 Prozent Staatsanteil repräsentieren, nicht mitgetragen worden wäre.“ (Dr. Ernst Müller-Hermann)

„Der parteipolitische Mißbrauch, den Vertreter der Koalition in den letzten Tagen mit den für das Volkswagenwerk beschlossenen Maßnahmen getrieben haben, läßt sich kaum noch übertreffen. Die Tarnung der eigenen Versäumnisse durch das Schuldigsprechen anderer ist bei der SPD, seit sie die Regierung führt, zur hohen Schule entwickelt worden.

Jetzt wird aber der Widerspruch zur Wahrheit zu grotesk. Seit 1969 bilden die Vertreter der SPD-geführten Bundes- und niedersächsischen Landesregierung zusammen mit ihren zugehörigen Gewerkschaftsmitgliedern und Parteifreunden eine massive Willensmehrheit im Aufsichtsrat. Dazu ist es ihr gelungen, einen gestandenen Vertreter der Partei in den Vorstand zu delegieren, der dort das Personalressort führt. Mit anderen Worten: Die SPD trifft die volle Verantwortung für alles, was seit 1969 geschehen ist.

Die Union fordert, daß der Notlage, in die jetzt Tausende von Familien geraten sind, unverzüglich durch die angeleglich vorbereiteten Pläne der Bundesregierung abgeholfen wird!“ (Dr. Phillip von Bismarck)

„Der Satz des damaligen Finanzministers — lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit — war die Politik der Bundesregierung, die Auffassung der SPD in dieser Frage. Und das war eben eine falsche Politik für alle zu unserem großen Leidwesen, wie wir jetzt sehen. Inflation führt auf die Dauer zur Arbeitslosigkeit, und diesen Zusammenhang verkannt zu haben, ist der entscheidende Fehler Ihrer Wirtschaftspolitik der ersten vier Jahre Ihrer Regierungszeit.

Und ich muß sagen, daß die Bundesregierung der Vorwurf trifft, nicht rechtzeitig Vorkehrungen strukturpolitischer Art getroffen zu haben, um die doch — wie wir jetzt hören — von ihr seit langem

erwartete Entwicklung abzufangen und diese plötzlich schweren Massenentlassungen und diesen schweren Schlag für Tausende von Arbeitnehmern zu mildern, indem man auf längerer Zeit voraussichtlich Maßnahmen traf, um die freiwerdenden Arbeitskräfte wieder aufnehmen zu können.“ (Prof. Karl Carstens)

Konkrete Vorschläge der CDU/CSU

- ① Ein Sofortprogramm für Südost-Niedersachsen mit Mobilitätzulagen, Fahrkostenzuschüssen und Lohnsteuerzuschüssen.
- ② Für Salzgitter Aufnahme und Ausweitung als Schwerpunkttort für die Förderung; jedoch nicht, wie bisher geplant, mit 15 Prozent, sondern mit 25 Prozent.
- ③ Die volle Befriedigung der Anträge aus Mitteln der Zonenrandförderung. (Helmut Sauer, Salzgitter)

So setzt sich der Aufsichtsrat von VW zusammen:

Von der Hauptversammlung gewählt:

- Hans Birnbaum**, Vorsitzender; Vorsitzender des Vorstandes der Salzgitter AG
Erich Küpker, stellvertretender Vorsitzender; niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr
Karl Otto Pöhl, stellvertretender Vorsitzender; Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
Dr. jur. F. Wilhelm Christians, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG
Walter Haefner, Schweizer VW-Generalimporteur, Zürich
Kurt Hähnel, Vorsitzender des Vorstandes der Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Hans Günter Hoppe, Berliner Finanz- und Justizsenator a. D.
Dr. phil. h. c. Walter Hesselbach, Vorsitzender des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft AG
Helmut Kasimier, niedersächsischer Minister der Finanzen
Hans L. Merkle, Vorstand der Geschäftsführung der Rob. Bosch GmbH, Stuttgart

- Dr. rer. pol. h. c. Ludwig Poullain**, Vorsitzender des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank Girozentrale
Dr. jur. Horst Rheinfels, Rechtsanwalt (für die Kleinaktionäre)
Dr. jur. Josef Rust, Staatssekretär a. D.
Dr. rer. pol. Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft

Von der Belegschaft gewählt:

- Eugen Loderer**, stellvertretender Vorsitzender;
 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall
Siegfried Ehlers, Vorsitzender des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG, Werk Wolfsburg
Heinz Hilbich, Mitglied des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG, Werk Hannover
Karl-Heinrich Mihr, Vorsitzender des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG, Werk Kassel
Erich Schilling, stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats der Audi NSU Auto Union AG, Werk Ingolstadt
Kurt-Ernst Schmiedl, Vorsitzender des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG, Werk Emden
Josef Schuster, Mitglied des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG, Werk Wolfsburg

■ PARTEITAG NIEDERSACHSEN

„Reformen bei leeren Kassen“ Bewährungsprobe für den Staat

Drei Themenbereiche standen im Vordergrund des Landesparteitages, zu dem die Delegierten der niedersächsischen CDU am 18. und 19. April 1975 in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg zusammengekommen waren. Man versuchte in den Arbeitskreisen eine Antwort auf die Fragen „Berufliche Bildung: Situation und Perspektiven; Jugendarbeitslosigkeit ohne Ende?“ „Wird Kranksein unbezahlbar?“ und „Öffentlicher Dienst — Privileg oder Verpflichtung?“

Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann hatte zu Beginn den Sinn dieses Parteitages umrissen, der unter dem Motto „Reformen bei leeren Kassen“ stand. Dies sei, so Hasselmann, kein Wahl- oder Programmparteitag. Vielmehr solle er sich mit Fragen beschäftigen, die heute den Bürger ganz besonders bewegen.

„Man hat sich“, fuhr Hasselmann wörtlich fort, „daran gewöhnt, daß von Reformen nur dann gesprochen wurde, wenn damit entweder mehr Leistung vom Staat für den Bürger erbracht wurde oder wenn der Bürger weniger für den Staat zu leisten hatte. Das hat zu einer immer größeren Entfremdung des Bürgers vom Staat geführt.“

Reform im eigentlichen Sinne bedeute jedoch Erneuerung, Zurückführen auf das eigentlich Wichtige. „Damit werden Reformen bei leeren Kassen zur Be-

währungsprobe für den Staat, für seine Bürger, für uns alle. Dieser Bewährungsprobe“, schloß Hasselmann, „müssen wir uns in der CDU stellen, auch dann, wenn wir in der Opposition stehen. Mit einem Konfrontationskurs allein ist es nicht getan.“

Mit der Frage „Jugendarbeitslosigkeit ohne Ende?“ befaßte sich nach einem Referat des Wirtschaftsministers von Schleswig-Holstein, Dr. Jürgen Westphal, der Arbeitskreis I des Parteitages. Die CDU Niedersachsen, so wurde in dem Arbeitsergebnis deutlich, betont den eigenständigen Wert der beruflichen Bildung. Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit, nicht aber Integration schützen vor theoretischer Verengung und gewährleisten die berufsqualifizierende und soziale Leistung der beruflichen Bildung. Dazu wurden mehrere wichtige Forderungen erhoben:

- Verbesserung der Hauptschule
- Festhalten am dualen Ausbildungssystem von betrieblicher und schulischer Bildung
- Vorrang des Berufsgrundbildungsjahrs vor der Einführung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres
- Bejahung überbetrieblicher Ausbildungsstätten als Ergänzung, Ablehnung als selbständiger dritter Lernort.

Ein beunruhigendes Bild von der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen gab Sozialminister Heinrich Geißler aus

Rheinland-Pfalz im Arbeitskreis II. Anhand von Zahlen verdeutlichte er, daß Kosten und Ansprüche auf dem Gesundheitssektor inflationäre Dimensionen anzunehmen drohen.

Um das Gesundheitssystem für die Zukunft erschwinglich zu halten, gab der Arbeitskreis folgende Denkanstöße:

- Sinnvollere Auslastung der Krankenhäuser
- Abbau von Langzeitaufenthalten sog. Pflegefälle
- Gleichstellung des Allgemeinmediziners mit Spezialisten und seine Förderung
- Aufbau von Sozialstationen
- Aktives Gesundheitsbewußtsein bei der Bevölkerung
- Bessere Nutzung der Vorsorgeeinrichtungen.

Eine Definition des Beamten, seiner Stellung, seiner Aufgaben und Zielsetzungen gab im Arbeitskreis III Prof. Dr. Reinhard Mußnug von der Freien Universität Berlin. Um das allgemeine Wohl fördern zu können, müsse der Staat in der Lage sein, seine Entscheidung ohne Bindung an den Willen nicht staatlicher Machtgruppen treffen zu können. Dazu bedürfe es neben Parteien, Parlament und Regierung eines öffentlichen Dienstes, der jedoch nicht als Beute politischer Parteien betrachtet werden dürfe. Der Arbeitskreis formulierte die Kriterien, durch die der öffentliche Dienst sich auszuzeichnen hat:

- unbedingte Treue zum Grundgesetz
- Loyalität gegenüber der politischen Führung
- Gehorsamkeit gegenüber dem Recht
- Unparteilichkeit gegenüber dem Bürger
- Verlässlichkeit im Vollzug

— Sachkenntnis und Leistungsbereitschaft.

Der Parteitag, auf dem sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Carstens, in einem politischen Grundsatzreferat mit Fragen der Deutschland-, Ost-, Europapolitik und dem Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und zur NATO beschäftigte, und auf dem als prominenter Gast der Vorsitzende der Berliner CDU, Peter Lorenz begrüßt wurde, stattete die Landespartei für die Zukunft finanziell besser aus. Von den Delegierten wurde ein Stufenplan verabschiedet, nach dem sich Teile der Mitgliedsbeiträge, die an den Landesverband abzuführen sind, folgendermaßen erhöhen: zum 1. April 1975 0,50 DM, ab 1. Januar 1976 0,60 DM, ab 1. Januar 1978 0,80 DM und ab 1. Januar 1978 eine DM. Der Beitrag von einer Mark an die Bundespartei verändert sich nicht.

■ TERMINE

- 28. 4. *LV Rheinland-Pfalz, Geschäftsführerkonferenz, Mainz*
- 29. 4. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, Vorstand, Bonn**
- 3./4. 5. *LV Hessen, Sozialausschüsse, Landesauschuß, Königstein*
- 4. 5. **KPV — Bund, Fachtagung „Kommunale Finanzen“**
- 5. 5. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 5. 5. **CDU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 5. 5. *LV Rheinland, Geschäftsführender Landesvorstand, Düsseldorf*
- 5. 5. *JU Hessen, Landesvorstand*
- 6. 5. *LV Saar, Landesvorstand, Saarbrücken*
- 7. 5. **CDU — Bund, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn**
- 7. 5. *LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart*

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Tips für die Aktion

Am 11. Mai ist Muttertag. Überlegen Sie doch einmal, ob Ihr Kreis- oder Ortsverband diesen Tag zum Anlaß nehmen könnte, erneut auf die Aussagen der CDU zur Frauen- und Familienpolitik aufmerksam zu machen.

Im UiD Nr. 10/75 hatten wir Ihnen einen 6seitigen Faltprospekt „Offensive für die Frau“ vorgestellt. Benutzen Sie diesen Prospekt auch bei Ihrer Aktion anläßlich des Muttertages.

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh. Mindestabnahme: 1 000 Exemplare; **Preis:** 39,— DM je 1 000 Stück; **Best.-Nr.** 2328.

Planen Sie Ihre Aktion für Freitag und Samstag vor Muttertag

Sorgen Sie dafür, daß durch Ihre Maßnahmen ein freundliches Klima erzeugt wird.

In erster Linie dient diese Aktion der Sympathiewerbung für die CDU und weniger der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Und hier einige Anregungen für Ihre Aktion:

■ Verteilen Sie auf Straßen, öffentlichen Plätzen und in der Nähe von Einkaufszentren Frühlingsblumen mit einem kleinen Kärtchen als Anhänger. Aufdruck: Mit freundlichen Grüßen zum Muttertag. Ihre CDU-X-Stadt. Überrei-

chen Sie gleichzeitig den Faltprospekt „Offensive für die Frau“.

■ Eine andere oder auch zusätzliche Möglichkeit bietet sich am Samstag, wenn Schulschluß ist. Lassen Sie durch Mitglieder der Jungen Union auch hier Frühlingsblumen mit anhängenden Kärtchen verteilen, die die Kinder ihren Müttern mitbringen.

■ Statten Sie dem Altenheim einen Besuch ab. Zeigen Sie durch ein paar nette Worte und vielleicht durch eine kleine Aufmerksamkeit, daß die CDU auch an die älteren Mitbürger denkt.

Und wenn Sie etwas mehr tun wollen, dann machen Sie doch den Damen des Altersheimes ein kleines Geschenk: Laden Sie zu einer Rundfahrt durch Ihre Stadt oder Ihren Kreis ein. Zeigen ihnen einmal, was sich verändert hat. Für viele wird dies eine dankbare Abwechslung sein.

■ Aufmerksamkeit erzielen Sie mit Sicherheit auch, wenn der Bürgermeister oder ein anderer Repräsentant, etwa die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, ins Krankenhaus geht und den Müttern auf der Wöchnerinnen-Station Blumen mit einem Gruß von der CDU überreicht.

■ Sie sollten auch einmal an die Kindergärtnerinnen denken und ihnen danken. Sie sind es, die während des ganzen Jahres vielen Müttern helfen. Sie haben oft wesentlichen Anteil an der Erziehung der Kinder und erleichtern dadurch manchen Familien ihre Aufgaben.

ZITATE

Helmut Kohl:...

„Wir verstehen Wahlkampf als demokratische Auseinandersetzung, in der man sagt, was man will und was man zu kritisieren hat. Wir verstehen Wahlkampf nicht als Diffamierung politisch Andersdenkender in unserem Lande.“

Recklinghausen, 1. März 1975



„Die ersten Anzeichen von Hybris waren vor sechs Jahren zu erkennen, als Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Deutschen Bundestag sagte, seine Regierung fange mit der Demokratie in Deutschland erst an.“

Recklinghausen, 1. März 1975



„Dem Bundeskanzler Schmidt muß man wirklich zu seiner phänomenalen neuen nationalökonomischen Weisheit gratulieren, die er in seinem 58. Lebensjahr gewonnen hat, nämlich, daß Betriebe Gewinne machen müssen.“

Recklinghausen, 1. März 1975



„Wie kann einer von morgens neun bis nachmittags siebzehn Uhr Recht im Namen des Volkes und der Verfassung sprechen und nach siebzehn Uhr als Kommunist am Umsturz dieser Verfassung arbeiten?“ Karlsruhe, 8. Januar 1975

Anschrift:

„Viele Sozialisten, seien es Theoretiker oder Politiker, haben offenbar solange in einer Roten Zelle gelebt, daß die Roten Zellen ihre Gehirnzellen angegriffen haben. Deshalb können auch nur sie glauben, rote Zahlen in den Bilanzen seien Ausdruck besonders progressiver und fortschrittlicher Gesinnung.“

Flensburg, 8. April 1975



„Wir dürfen aus staatspolitischen, aber vor allem aus menschlichen Gründen heraus nicht zulassen, daß Jugendliche, die die Schule verlassen, als erste außerschulische Erfahrung Arbeitslosigkeit erleben.“

Bonn, 7. März 1975



„Es muß Schluß damit sein, daß unsere Bürger immer häufiger erleben, daß sie bei einem Verkehrsvergehen sofort zur Rechenschaft gezogen werden und mit hohen Strafen und Gebühren bedroht sind, während andere Straftäter Rathäuser stürmen, Universitätsinstitute demolieren, Professoren und Lehrer tätlich angreifen und nur selten wirklich zur Rechenschaft gezogen werden.“

Bonn, 13. März 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD